



## PRESSEBERICHT

MARITIME HOUSE  
 OLD TOWN  
 CLAPHAM  
 LONDON, S.W.4

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SPANISCH UND SCHWEDISCH  
 NACHDRUCK UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.) GESTATTET

Deutsche Ausgabe Nr. 15/16

6. August 1951

I. T. F.

Ein guter Freund der Seeleute zieht sich aus dem aktiven Dienst zurück

(ITF) Kollege George Reed, der in I.T.F.-Kreisen keiner Einführung bedarf, musste seine Arbeit aus Gesundheitsrücksichten niederlegen.

Während der letzten zwei Jahre war er im Sekretariat der I.T.F. mit der Arbeit im Zusammenhang mit der Kampagne gegen panamaische und ähnliche Schiffe beauftragt. Ihm ist es weitgehend zu verdanken, wenn die Aktion nun mit erhöhter Wirksamkeit durchgeführt wird.

Früher war Kollege Reed regionaler Beauftragter der I.T.F. für den Fernen Osten. In dieser Eigenschaft leistete er unschätzbare Dienste im Kampf gegen Missbräuche, deren Opfer die asiatischen Seeleute sind, und bei der Stärkung der Seemannsgewerkschaften in jenem Teile der Welt. Gesundheitsrücksichten zwangen ihn, diese wichtige Arbeit abzubrechen und vorzeitig nach Europa zurückzukehren.

Kollege Reed hat eine lange und verdienstvolle Laufbahn in der Seeleutebewegung hinter sich. Er ging zur See im Alter von 14 Jahren und spielte bald eine grosse Rolle in der heutigen Landesgewerkschaft der Seeleute von Grossbritannien. 1921 wurde er Funktionär der Gewerkschaft, und nachdem er in den Ortsgruppen von Liverpool, London, Barry, Newport und Cardiff gearbeitet hatte, erfolgte seine Ernennung zum Bezirkssekretär für das Gebiet des Bristol-Kanals. Diese Stellung hatte er inne bis zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Generalsekretär der Gewerkschaft im Jahre 1937. In diesem Abschnitt seiner Laufbahn hatte er viele andere wichtige Stellungen inne, in denen er den Seeleuten auf manche Weise diente.

Seine Leistungen auf internationalem Gebiet sind ebenfalls bemerkenswert. In den Vorkriegsjahren hat er eine hervorragende Rolle gespielt auf I.T.F.-Kongressen und besonders auf Seeleutetagen. Der Luxemburger Kongress 1938 wählte ihn zum stellvertretenden Mitglied des Generalrates der I.T.F. Er betätigte sich auch mit Auszeichnung als Sachverständiger für Seefahrtsfragen in britischen Delegationen auf Internationalen Arbeitskonferenzen.

Während mehrerer Jahre war er Ratgeber des All-indischen Seeleute - Verbandes und half mit, die vielfältigen Probleme der gewerkschaftlichen Organisierung in sozial rückständigen Gebieten anzupacken. Die Annahme der bereits erwähnten Stellung als regionaler Beauftragter der I.T.F. für den Fernen Osten in Singapur war für ihn ein natürlicher Uebergang. Die Erleichterung des Loses der asiatischen Seeleute wurde eines seiner Lebensziele. Dieser Aufgabe widmete er sich mit all seiner grossen Energie und Geschicklichkeit, und es ist, wie wir glauben, auf diesem Gebiet, dass man sich seiner Arbeit besonders erinnern wird.

Am 1. August ist Georg Reed in den Ruhestand getreten. Er kann mit Stolz auf eine lange Laufbahn im Dienste der Seeleute zurückblicken. Seine zahlreichen Freunde in allen Teilen der Welt, unter denen sich Seeleute aller Rassen und Nationen befinden, wünschen ihm in seinem wohlverdienten Ruhestand alles Gute.

### EISENBÄHNER

#### DEUTSCHLAND

#### Neue Lohnerhöhung für die deutschen Eisenbahner

(ITF) Die I.T.F. hat von ihrem Mitgliedsverband, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die Mitteilung erhalten,

dass die Lohnverhandlungen mit der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn erfolgreich abgeschlossen worden sind.

Am 5. Juli wurde eine Vereinbarung erzielt, die rückwirkend ab 1. Juli Lohnerhöhungen von 10 bis 14 Pfennig pro Stunde vorsieht. Die Regelung umfasst auch eine Teuerungszulage für die Monate April, Mai und Juni von DM: 11.-- pro Monat. Angesichts der schwierigen Finanzlage der Bundesbahn hat sich die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands jedoch damit einverstanden erklärt, dass die DM: 33.-- in zwei Hälften gezahlt werden, die erste spätestens am 20.7., die zweite spätestens am 24.8.

#### Forderung der deutschen Eisenbahner nach Mitbestimmung missachtet

(ITF) Die Verabschiedung des Bundesbahngesetzes hat unter den Eisenbahnern der Westdeutschen Bundesrepublik bittere Enttäuschung hervorgerufen. Sie hatten er-

wartet, dass das Gesetz in seiner endgültigen Form ihren schon lange erhobenen Forderungen nach Mitbestimmung auf den Eisenbahnen Rechnung tragen würde. Das Gesetz sieht nun aber weder die Ernennung eines Arbeitsdirektors im Vorstand noch die paritätische Besetzung des Verwaltungsrates - sieben Vertreter des Bundestages und drei des Bundesrates und zehn der Gewerkschaften - vor, wie die Gewerkschaft der Eisenbahner vorgeschlagen hatte.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hans J a h n , erklärte kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes, der Kampf seiner Organisation um die Revision des Gesetzes habe bereits begonnen und werde mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln durchgeführt. Die Auseinandersetzung müsse sich zur Hauptsache auf politischer Ebene abspielen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands würde die Bestimmungen des verabschiedeten Gesetzes respektieren, denn dessen Einführung sei nach demokratischen Spielregeln erfolgt.

Kollege Jahn sagte, das Mitbestimmungsrecht werde nach einigen Jahren genau so selbstverständlich sein wie heute Tarifverhandlungen und -abkommen.

Das Verhalten der Regierung und die Verwendung ihrer Parlamentsmehrheit gegen die Gewerkschaften haben ihren wahren Charakter erkennen lassen und allen Arbeitern gezeigt, was sie von ihr erwarten können.

#### INDIEN

##### Regierung erlässt Streikverbot

(ITF) Nachdem der Generalrat des bei der I.T.F. angeschlossenen All-indischen Eisenbahnverbandes am 6. Juli beschlossen hatte, am

27. August, zur Unterstützung der seit langem unerfüllten Forderungen an die Eisenbahnverwaltung, einen Streik auszulösen, hat die indische Regierung nun Schritte unternommen, um den Streik durch Erlass einer Verordnung zu verhindern.

Die Verordnung, deren Bekanntgabe am 11. Juli erfolgte, räumt der Zentralregierung das Recht ein, Arbeitsniederlegungen in jedem wichtigen Betrieb für sechs Monate zu verbieten, wenn sie sich vergewissert hat, dass das öffentliche Interesse es erfordert. Das Verbot kann um weitere sechs Monate ausgedehnt werden, wenn die Regierung dies für notwendig hält. Die Verordnung, die besonders auf die indischen Staatsbahnen Anwendung findet, sieht auch Strafen (Bussen und Gefängnis) vor für Personen, die illegal Streiks beginnen, fortsetzen, hervorrufen oder finanziell unterstützen.

Die Inkraftsetzung der neuen Verordnung wurde in Gewerkschaftskreisen, wie auch in den Spalten der massgebenden indischen Tageszeitungen aufs schärfste verurteilt. Die in Bombay erscheinende "Times of India" z. B. erklärte: "New Delhi hat offenbar geflissentlich übersehen, dass die Erklärung eines Streiks als illegal von einem obligatorischen Schlichtungsverfahren begleitet sein muss."

Am Vorabend der zweitägigen ausserordentlichen Tagung des Arbeitsausschusses des All-indischen Eisenbahnverbandes, die am 21. und 22. Juli in Kalkutta stattfand, wurde berichtet, dass der kanadische Eisenbahnminister in einem Brief an den Generalsekretär des Verbandes dessen Vertreter zu Verhandlungen eingeladen hatte. Der Minister soll die Bereitschaft erklärt haben, eine Reihe von Fragen zu besprechen, die schon seit der Auflösung des paritätischen beratenden Eisenbahnausschusses im vergangenen Dezember offenstehen. Er habe sich jedoch geweigert, auf Besprechungen über eine Erhöhung der Teuerungszulage - eine der Hauptforderungen des Verbandes - einzutreten, angeblich, weil die augenblickliche finanzielle Lage der Regierung die Gewährung einer solchen Zulage nicht gestatte.

Die I.T.F. unterstützt den All-indischen Eisenbahnverband in seinem Kampf um die Wahrung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte, die dem Verband von der indischen Regierung vorenthalten werden.

#### U S A

##### Teuerungszuschlag für 1,2 Millionen nicht- fahrende Eisenbahner

(ITF) Rund 1,2 Millionen nicht-fahrende Eisenbahner in den U S A erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Cent die Stunde als Folge der Bekanntgabe des Arbeitsdepartements,

dass sein Index der Verbraucherpreise in dem am 15. Mai zu Ende gegangenen Monat um 1 Punkt angestiegen ist.

Man erinnert, dass die letzte Vereinbarung, die die 15 Gewerkschaften des nicht-fahrenden Personals wie auch die Gewerkschaften der Weichensteller, Rangiermeister und des Zugpersonals unterzeichneten, eine Klausel enthält, die eine Lohnerhöhung von 1 Cent die Stunde für jeden Anstieg des Indexes der Verbraucherpreise um einen Punkt vorsieht. Auf Grund dieser Bestimmung erhielt 1 Million nicht-fahrender Eisenbahner am 1. April eine Lohnerhöhung von 6 Cent die Stunde zum Ausgleich des Anstiegs des Indexes um 6 Punkte im vorausgehenden Vierteljahr, während Rangiermeister und Weichensteller 9 Cent für einen längeren Zeitraum erhielten.

Der Vorsitzende des Verhandlungsausschusses der 15 Gewerkschaften erklärte nach der Gewährung des neuen Lohnzuschlages, dieser zeige die Weisheit der getroffenen Vereinbarung, die den Arbeitnehmern gestatte, mit den steigenden Lebenshaltungskosten einigermassen Schritt zu halten - wenigstens soweit dieser Anstieg sich im Index widerspiegelt.

#### ARBEITER IM PERSONENVERKEHR

##### GROSSBRITANNIEN

#### Lohnerhöhungen in den städtischen Autobus- und Strassenbahnbetrieben

(ITF) Delegierte von rund 60.000 Arbeitnehmern im städtischen Autobus- und Strassenbahnverkehr Grossbritanniens kamen am 16.

Juli in London zusammen und beschlossen mit überwältigender Mehrheit, neuen Lohnsätzen zuzustimmen, welche der Britische Transportarbeiterverband (I.T.F.-Mitglied) und die Gewerkschaft der Gemeindearbeiter für sie erzielt hatten.

Auf Grund des neuen Tarifvertrages erhalten die Arbeitnehmer im städtischen Verkehr Lohnerhöhungen von 7s.6d. bis 11s. pro Woche. Fahrer erhalten 11 Schilling (neuer Mindestsatz 123 Schilling, Höchstsatz 126 Schilling), während Schaffner 10 Schilling (neuer Mindestsatz 1 l. 8 Schilling, Höchstsatz 120 Schilling) erhalten. Die neuen Höchstsätze werden in Zukunft nach 12 Monaten gezahlt anstatt nach 18 Monaten wie bisher. Neueintretende erhalten während ihrer Ausbildung 90 % des Normallohnes.

Für das übrige Personal liegen die neuen Wochenlöhne zwischen 112s.6d. und 122s.

Frauen, die Männerarbeit leisten, erhalten nun vom ersten Tage an denselben Lohn. Eisher bezogen sie während der ersten sechs Monate nur 90 %.

#### ARBEITER IM STRASSENVERKEHR

##### GROSSBRITANNIEN

#### Lohnforderungen des Wartungspersonals

(ITF) Die Leiter von fünf britischen Gewerkschaften, die 10.000 Wartungsarbeiter im verstaatlichten Strassentransport vertreten, dar-

unter der bei der I.T.F. angeschlossene Britische Transportarbeiterverband, traten am 25. Juli in London zusammen. Auf dieser Tagung wurde beschlossen, der Strassentransportverwaltung eine Forderung nach beträchtlichen Lohnerhöhungen zu unterbreiten.

Der gegenwärtige Stundenlohn für Wartungspersonal ist 3s.½d. im Londoner Gebiet und 2s.11d. in der Provinz.

BELGIEN

Lohnerhöhungen für Arbeiter im Strassentransport

(ITF) Der belgische Transportarbeiterverband (ITF-Mitglied) gibt bekannt, dass im zuständigen Unterausschuss des Paritätischen

Landesausschusses für das Strassentransportgewerbe Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer der Strassentransportunternehmen vereinbart wurden. Der Vertrag, der rückwirkend ab 1. Juli 1951 in Kraft tritt, bedarf noch der Genehmigung durch den Paritätischen Landesausschuss. Unser Mitgliedsverband erklärt jedoch, dass es sich um einen mehr oder weniger automatischen Vorgang handelt und Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind.

Nachstehend einige Beispiele der neuen Mindeststundenlöhne:

Beifahrer		17.50 - 18.00 B. Fra.
Fahrer auf LKWs von weniger als 3 to		18.50 "
Fahrer auf LKWs von 3 to bis 7½ to		19.00 "
Fahrer auf LKWs von 7½ to bis 10 to		20.00 "
Fahrer auf LKWs von mehr als 10 to oder auf LKWs mit Anhängern		21.00 "

Entsprechend einer früheren Vereinbarung erhöhen sich diese Stundenlöhne um 10 % für schwere, unbequeme und gefährliche Arbeit.

HAFENARBEITER

DEUTSCHLAND

Einschränkungen im Ost-West-Verkehr verursachen Arbeitslosigkeit im Hamburger Hafen

(ITF) Kürzliche Einschränkungen im Handelsverkehr zwischen Ost- und Westeuropa und die sich daraus ergebende Ungewissheit über die Zukunft des Hafens von Hamburg werden für einen scharfen Anstieg

der Arbeitslosigkeit in diesem Hafen verantwortlich gemacht.

Schärfere Kontrollen im Handel mit Osteuropa haben zu einer Schrumpfung in fast allen Verkehrsbranchen und damit zu einem starken Rückgang der Arbeitsgelegenheiten für die Hafendarbeiter geführt.

Aus Statistiken für den Monat Juni geht hervor, dass die Arbeitslosigkeit im Hamburger Hafen, die im Mai nur 2 % der verfügbaren Arbeitskräfte umfasste, im Juni steil anstieg. Sie zeigen, dass die Zahl der beschäftigten Hafendarbeiter von 23.000 im Mai auf 12.650 im Juni absank.

FRANKREICH

Veränderungen der Arbeitszeit in Marseilles

(ITF) "Lloyds List" berichtet, dass im französischen Hafen von Marseilles vor kurzem ein neuer Arbeitsplan zur Einführung gelangte.

Die Normalschicht beginnt um 7.30 Uhr und dauert nach einer um 11.30 beginnenden ein- oder zweistündigen Pause bis 16.30 oder 17.30 Uhr. Zur Beendigung des Ladens oder Löschens eines Schiffes werden eine oder zwei Stunden über diese Zeit hinaus gearbeitet. Die Nachtschicht dauert von 21.00 bis 05.00 Uhr mit einer Pause von einer halben Stunde um Mitternacht. Auch die Nachtschicht wird zur Fertigbearbeitung eines Schiffes um eine oder zwei Stunden verlängert.

Die Schichten für Massengüter (Kohle, Erze, Schwefel usw.) sind:

1. Schicht 6.30 bis 14.30 Uhr mit einer halbstündigen Pause um 11.30 Uhr;
2. Schicht 14.30 bis 20.30 Uhr mit einer Pause um 7.30 Uhr;
3. Schicht 22.30 bis 6.30 Uhr mit einer halbstündigen Pause um 2.30 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen wird nicht gearbeitet.

### SEELEUTE

#### INTERNATIONAL

Portugal ratifiziert vier  
Seattle-Uebereinkommen

(ITF) Das Internationale Arbeitsamt gab kürzlich bekannt, dass Portugal folgende vier Seattle-Uebereinkommen ratifiziert hat:

- Nr. 68 Verproviantierung und Verköstigung (Schiffsbesatzungen);
- Nr. 69 über den Befähigungsausweis für Schiffsköche;
- Nr. 73 über die ärztliche Untersuchung (Seeleute);
- Nr. 74 über den Befähigungsausweis der Vollmatrosen.

Burma ratifiziert I.M.C.O. -  
Uebereinkommen

(ITF) Burma hat das Uebereinkommen über die Internationale Seefahrtsorganisation (International Governmental Maritime Consultative

Organization - I.M.C.O.) ratifiziert. Die Ratifizierungsurkunde wurde in der ersten Hälfte des Monats Juli am Sitz der Vereinten Nationen in New York hinterlegt.

Man erinnert sich, dass das Uebereinkommen die Errichtung einer Organisation vorsieht, der die Aufgabe zukommt, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Navigation zu fördern, den grösstmöglichen Gebrauch von Sicherheitsmassnahmen auf See anzuregen und die Entfernung von Einschränkungen in der Schifffahrt anzustreben.

Das Uebereinkommen tritt in Kraft nach seiner Ratifizierung durch 21 Nationen, von denen 7 mindestens 1 Million BRT besitzen müssen.

#### FINNLAND

Die Kommunisten versuchen  
erfolglos, die Leitung der  
finnischen Seemannsgewerk-  
schaft an sich zu reissen

(ITF) Die I.T.F. gab am 16.7.51 folgende Pressemeldung heraus:

"Im Verlaufe des Wochenendes sahen die finnischen Kommunisten - die im vergangenen Monat eine entscheidende Niederlage erlitten, als sie versuchten, die Leitung des finnischen Gewerkschaftsbundes auf dessen Jahreskongress an sich zu reissen - ihre auf Uebernahme einer weiteren finnischen Gewerkschaft abzielenden Bestrebungen vereitelt durch das entschiedene Eingreifen seitens der Leitung der bei der I.T.F. angeschlossenen finnischen Seemannsgewerkschaft.

Obwohl die finnische Seemannsgewerkschaft, die zahlenmässig, finanziell und strategisch eine der stärksten und bedeutendsten finnischen Gewerkschaften ist, während der ganzen 30 Jahre ihres Bestehens auf rein demokratischer und nicht-politischer Grundlage verwaltet wurde, versuchten kommunistische Elemente seit einigen Monaten auf jede mögliche Weise, ihre eigenen Kandidaten zu Ortsgruppenvertretern auf dem Kongress wählen zu lassen. Niilo WAELLAERI, der tüchtige Gewerkschaftspräsident, warnte sie wiederholt, dass diese politischen Manöver gegen die Satzungen der Gewerkschaft verstossen und daher unzulässig sind. Aber trotzdem führen sie in ihren Bemühungen fort, weil sie wussten, dass es sich wahrscheinlich um die letzte Gelegenheit zur Gewinnung der Herrschaft über diese Gewerkschaft, die eine Schlüsselstellung in der finnischen Gewerkschaftsbewegung einnimmt, handelte.

Als er sah, dass die Kommunisten entschlossen waren, nicht auf die Stimme der Vernunft zu hören, entschloss sich Präsident WAELLAERI, energisch gegen ihre Spaltungsbestrebungen einzuschreiten. Bei Eröffnung des Gewerkschaftskongresses in Helsinki am 15. Juli erklärte er mit Zustimmung der grossen Mehrzahl der anwesenden Delegierten, dass die Beglaubigungsschreiben von Ortsgruppendelegierten, die als Vertreter einer Partei gewählt wurden, nicht anerkannt und solche Delegierte daher von Kongress ausgeschlossen würden.

Diese Massnahme, die nach den Satzungen der Gewerkschaft völlig gerechtfertigt war, führte zu einem Zusammenstoss zwischen der kommunistischen Minderheit und der demokratischen und politisch neutralen Mehrheit. Die Kommunisten, die ihre schwache Stellung erkannten und sich der überwältigenden Macht der demokratischen Gewerkschafter bewusst waren, griffen daraufhin zu drastischeren Methoden. Die drei russischen Gastdelegierten, die offenbar mit ihren finnischen Genossen zusammenwirkten, verliessen den Kongress, gefolgt von einigen finnischen Kommunisten.

Am folgenden Tage unternahmen die Kommunisten ihren letzten Versuch, die Gewerkschaft durch die Organisierung eines eigenen Kongresses zu spalten. Dieser Schritt blieb jedoch völlig erfolglos und wird niemanden in Finnland täuschen; denn es ist ganz klar, dass nur ein kleiner Teil der Mitgliedschaft bereit ist, sich den Kommunisten anzuschliessen, und dass deren Einfluss in der Gewerkschaft endgültig aufgehört hat.

Der Kongress traf auch berechtigte Massnahmen, um dafür zu sorgen, dass die nicht zur See fahrenden Mitglieder der Organisation nicht in der Zukunft einen übermässigen Einfluss in den Organen der Gewerkschaft ausüben. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, dass nur Mitglieder, die während der letzten drei Jahre Seedienst geleistet haben, in das Exekutivkomitee wählbar sind. Diese Massnahme hat gestattet, eine Reihe von Kommunisten und Mitläufern, die seit vielen Jahren nicht mehr zur See gefahren sind, aus Schlüsselstellungen in der Gewerkschaft zu entfernen.

Unterstützt wurde die finnische Seemannsgewerkschaft in ihren Bestrebungen, sich der Einnischung des Kominform zu entledigen, auch von Gastdelegierten aus verschiedenen Seefahrtsländern, darunter Grossbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Belgien. Der Generalsekretär der I.T.F., Omer Becu, versprach der Gewerkschaft im Namen der sechs Millionen Mitglieder der Föderation jede mögliche Hilfe in ihrer Kampagne zur Befreiung von umstürzlerischen Elementen.

Die entschlossenen Massnahmen der finnischen Seemannsgewerkschaften zeigen ganz klar, dass die finnischen Seeleute entschlossen sind, zu ihren verfassungsmässigen Grundsätzen zu stehen. Diese neue Niederlage der Kommunisten in Finnland wird zweifellos zur Bekämpfung des Koninforms in der finnischen Gewerkschaftsbewegung beitragen."

#### IRLAND

##### Lohnerhöhungen und 48-Stundenwoche gefordert

Am 27. Juli unterbreitete die irische Seemanns- und Hafenarbeitergewerkschaft (ein I.T.F.-Mitglied) vor einem Arbeitsgericht in Dublin eine Forderung nach Erhöhung der Heuer um 32s.6d., Einführung der 48-Stundenwoche in allen Abteilungen und Entlohnung der Ueberzeitarbeit nach einer gleitenden Skala. Das Arbeitsgericht ist befugt, Empfehlungen über die gewerkschaftlichen Forderungen zu erlassen.

Der Generalsekretär der Gewerkschaft erklärte in einem Kommentar, die irischen Seeleute hätten seit 1943 keine Lohnerhöhungen mehr erhalten. Seither sei der offizielle Index der Lebenshaltungskosten um 26 % gestiegen und er sei weiter im Ansteigen begriffen. Die gegenwärtige Durchschnittsheuer des irischen Seemanns beträgt £6,10.8. pro Woche.

#### ISRAEL

##### Erfolgreicher Abschluss eines Streiks

(ITF) Ein sechstägiger Streik israelischer Seeleute, der am 20. Juli begann, ging zu Ende, nachdem die nationale Schifffahrtsgesellschaft "Shoham" fast alle Bedingungen der Seeleute für Besprechungen über höhere Heuern und die Wiedereinstellung entlassener Seeleute angenommen hatte.

Der Streik brach aus nach einer Auseinandersetzung über Heuern und niedrige Zuteilungen in ausländischer Währung und umfasste etwa ein Drittel aller israelischen Seeleute - etwa 350 Mann. Fünf Frachter der Gesellschaft "Shoham" wurden durch den Streik aufgehalten.

#### U S A

##### N.M.U. unterzeichnet neue Verträge mit Tanker- und Kohlenschiffsreedereien

(ITF) Die "National Maritime Union" (C.I.O.) hat den Abschluss von neuen Verträgen mit drei führenden Tankerreedereien - der Gulf Oil Corporation, der Pan

American Petroleum and Transport Company und der Sinclair Refining Company - bekanntgegeben. Es wird erklärt, dass die Verträge im allgemeinen dem Muster der nach dem letzten Streik abgeschlossenen Verträge entsprechen. Die neuen Verträge sehen eine Lohnerhöhung von 8 %, die 44-Stundenwoche anstelle der bisherigen 48-Stundenwoche ab 15. Juli und die Einführung der 40-Stundenwoche ab 16. Dezember 1951 vor.

Die N.M.U. berichtet auch, dass sie mit der amerikanischen Kohlenschiffsreederei-Vereinigung einen neuen Vertrag für die Besatzungen von Kohlenschiffen erzielt hat. Auch dieser Vertrag sieht eine Erhöhung der Grundheuern und Ueberzeitzuschläge um 8 %, die 44-Stundenwoche auf See für die nächsten 6 Monate und darauffolgend die Einführung der 40-Stundenwoche vor. Der Vertrag gilt von 17. Juli 1951 bis zum 15. Juni 1952.

S.I.U. hebt Benachteiligung  
wegen Hautfarbe auf

(ITF) Die Seafarers' International Union (ein I.T.F.-Mitglied) und die Kommission gegen Diskriminierung des Staates

New York sollen eine Vereinbarung über die Beschäftigung von Negern in der Seeschifffahrt der U S A erzielt haben.

Der Ausschuss führte eine Untersuchung durch, nachdem einige Mitglieder der S.I.U. behauptet hatten, dass die Gewerkschaft sie wegen ihrer Hautfarbe benachteilige. In einer gemeinsamen Erklärung des Ausschusses und der Gewerkschaft wird nun erklärt, dass alle Klagen eine befriedigende Regelung gefunden haben und dass die Gewerkschaft sich bereit erklärt hat, über Aufnahme-gesuche, Arbeitsbewilligungen usw. ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Hautfarbe oder des Herkunftslandes, -

In der Vergangenheit pflegte die Gewerkschaft die Schiffe in Gruppen einzuteilen und die farbigen und weissen Stewarde bestimmten Schiffen zuzuteilen. Auf Grund der neuen Vereinbarung werden jedoch alle Stewarde auf dieselbe Liste gesetzt und ohne Rücksicht auf Hautfarbe, Rasse oder andere Unterscheidungsmerkmale in der normalen Reihenfolge vermittelt. Es wird darauf hingewiesen, dass dieses System in der Decks- und in der Maschinenraum-Abteilung bereits angewandt wird.

Die Vereinbarung gilt nur für den Bereich des Staates von New York, aber ein Sprecher der Gewerkschaft hat erklärt, dass das neue Verfahren, das rassische Benachteiligung vermeidet, auf freiwilliger Grundlage auch in anderen Staaten angewandt wird. Verschiedene Ortsgruppen der Gewerkschaft an der Atlantik- und Golfküste haben dem Vorschlag bereits zugestimmt und andere haben erklärt, dass sie ihn in naher Zukunft prüfen werden.

- - - - -

DRITTE TAGUNG DES AKTIONSAUSSCHUSSES FÜR DAS MITTELMEERGEBIET

(ITF) Der Aktionsausschuss für das Mittelmeer, einer der von der I.T.F. geschaffenen regionalen Ausschüsse, hat vom 15. bis 20. Juni 1951 seine dritte Tagung in Saloniki (Griechenland) abgehalten.

Man erinnert sich, dass dieser Ausschuss anfangs September 1950 in Neapel gebildet wurde und dass die zweite Tagung im Januar 1951 in Marseilles stattfand. Man erinnert sich auch, dass die Schaffung des Zentralen Aktionsausschusses der I.T.F., dem der regionale Ausschuss für das Mittelmeer untersteht, vom Exekutivkomitee der I.T.F. im Oktober 1949 beschlossen wurde auf Grund einer Empfehlung der gemeinsamen Konferenz der Sektionen der Seeleute und Hafendarbeiter der I.T.F., die im August desselben Jahres stattfand.

Die Schaffung eines Aktionsausschusses drängte sich auf einerseits, um den Terror- und Gewaltmethoden entgegenzutreten, deren sich die Kommunisten in verschiedenen europäischen Häfen bedienten im Versuch, das Löschen der auf Grund des Atlantikpaktes nach Europa verschifften Güter zu verhindern, und andererseits, um die Politik der demokratischen Länder zu unterstützen, die ihre Verteidigung gegen einen allfälligen Angriff zu organisieren und den Frieden und die Demokratie zu erhalten wünschen. Eine weitere Ueberlegung grösster Wichtigkeit, die bei der Schaffung unserer Aktionsausschüsse massgebend war, betraf die Notwendigkeit, die zersetzende und umstürzlerische Tätigkeit des Kominform zu bekämpfen, das sich bemüht, den Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihres Lebensstandards zu beeinträchtigen und den wohltuenden Auswirkungen entgegenzuwirken, die sich auf sozialem Gebiet aus dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unter dem Marshallplan ergeben.

Der Abhaltung der Tagung in Saloniki kam besondere Bedeutung zu wegen der Leiden der griechischen Arbeiter in den Nachkriegsjahren, die, mehr als diejenigen irgend eines anderen europäischen Landes, den Gewalt- und Terrorismethoden seitens der Kommunisten ausgesetzt waren.

Die Wahl von Saloniki ist gleichzeitig ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der Arbeiter des Mittelmeergebietes und der Transportarbeiter im besonderen, mit allen ihren Kräften die Freiheit und Persönlichkeit des Einzelnen zu verteidigen und in Zukunft den kommunistischen Elementen in Griechenland jede Möglichkeit der Einnischung bei der Bestimmung des Loses der arbeitenden Klassen zu verweigern.

Die Konferenz stand unter dem Vorsitz von THEODOROS, dem Generalsekretär der Gewerkschaftsunion von Saloniki und Mazedonien, die dem griechischen Gewerkschaftsbund angehört. Nachdem er die Delegierten willkommen geheissen hatte, gab der Vorsitzende dem Generalsekretär des griechischen Gewerkschaftsbundes, MAKRIIS, und dem Minister für Nordgriechenland, Herrn TASSONIDES, das Wort, der die Konferenz mit seiner Anwesenheit beehrte.

Die Konferenz umfasste auch Delegationen der griechischen Eisenbahner, Seeleute und Hafendarbeiter, der französischen Seeleute, Hafendarbeiter und des französischen Personals der zivilen Luftfahrt, der italienischen und Triester Seeleute und Hafendarbeiter, der Seeleute von Malta, sowie der Hafendarbeiter von Algier, Tunis und Marokko. Eine Abordnung von etwa 40 Personen vertrat alle Arbeitergruppen von Saloniki und Mazedonien.

Die I.T.F. war durch ihren Generalsekretär, OMER BECU, vertreten, der in einer Ansprache an die Versammlung die Bedeutung unterstrich, welche die I.T.F. der Tätigkeit des Mittelmeerausschusses beimisst und die Delegierten der Sympathie der in der Internationale zusammengeschlossenen Transportarbeiter versicherte. Er erklärte, die Millionen Transportarbeiter der Länder des Marshallplanes und des Atlantikpakt es seien von dem Wunsche beseelt, die Demokratie, den Frieden und die Menschenrechte zu erhalten, und entschlossen, sich nicht mehr von den Terror- und Gewaltakten der Kommunisten einschüchtern zu lassen und in Zukunft sich zu ihrer Verteidigung der von diesen verfolgten Kampfmethoden zu bedienen. Tatsächlich sind die Kräfte der Demokratie nur dann imstande, den zerstörerischen Bestrebungen des Kominform Einhalt zu gebieten, wenn sie den Herausforderungen der Kommunisten offen entgegentreten. Die Hafendarbeiter und Seeleute lieben den Frieden und sehnen sich mit allen ihren Kräften nach einem dauerhaften Frieden. Sie geben sich Rechenschaft von der schweren Bedrohung, die der kommunistische Imperialismus darstellt und sind sich ihrer Pflicht bewusst, die demokratischen Grundsätze zu verteidigen und ihren Kampf um den sozialen Fortschritt und die Befreiung der arbeitenden Klassen zu einem guten Ende zu führen. Sie sind bereit, ihren Arbeitskameraden zu Hilfe zu eilen und ihren Beitrag an die internationale Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit zu leisten, um bei der Wegräumung der grössten Konzentrationslager, welche die Menschheit gekannt hat, mitzuwirken und die Grausamkeiten, für die das Kominform verantwortlich ist, auszumerzen. Sie streben danach, ihre Kameraden vor der Sklaverei zu retten und denen die Freiheit zurückzugeben, die hinter dem Eisernen Vorhang unter dem Joch des Kominform schmachten.

Zum Schluss betonte der Generalsekretär der I.T.F., dass der Kampf, den die I.T.F. führt, in keiner Weise gegen das russische Volk noch auch gegen ein anderes Volk, sondern gegen jedes totalitäre, von einer Clique aufgezwungene Regime gerichtet ist, ob an seiner Spitze Stalin, Franco, Peron oder irgend ein anderer Diktator steht. Die I.T.F. ist eine freie und unabhängige Organisation und will es bleiben. Ihre Reihen stehen allen offen, die gewillt sind, sich zu ihren Satzungen zu bekennen.

Der Vorsitzende des Mittelmeerausschusses, P. FERRELL-PISANI, eröffnete die Diskussion in einer Atmosphäre der Herzlichkeit, der Solidarität und des Verstehens, indem er einen ausführlichen, für seine Klarheit und für seinen Scharfblick bemerkenswerten Bericht über die sich stellenden Probleme, die verfolgten Ziele und die Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele vorlegte. Dieser Bericht unterstrich, dass die freien und unabhängigen Gewerkschaften nicht wirksam funktionieren können ohne die Vernichtung des Kommunismus, der, mit der Behinderung des sozialen Fortschritts nicht zufrieden, die eigentliche Zerstörung unserer Zivilisation anstrebt. Die Rolle, die der Mittelmeerausschuss zu spielen berufen ist, und die grosse ihm übertragene Aufgabe lassen sich zu einem guten Abschluss bringen, wenn er auf die Unterstützung aller demokratischen Kräfte zählen kann. Diese hätten begriffen, erklärte er, dass das Kominform sich bemüht, das ganze Mittelmeerbecken zur Verwirklichung seiner imperialistischen Ziele zu erobern. Es ist festzustellen, dass der Ausschuss in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits greifbare Ergebnisse erzielt hat. Auf diesem Wege fortzufahren und nötigenfalls ohne Zögern zur Offensive überzugehen, könne nur heilsame Auswirkungen für die Erhaltung des Weltfriedens haben.

Die allgemeine Aussprache, die mehrere Tage dauerte und an der fast alle Delegierten teilnahmen, zeigte, wie sehr alle Delegierten den Erfolg des Unternehmens wünschten, und lieferte glänzende Beweise der Begeisterung und des Verständnisses, mit denen die Arbeiter die auf Initiative unserer Internationale begonnene Aktion verfolgen.

Die griechische Arbeiterklasse hat viel zum Erfolg dieser dritten Konferenz beigetragen, die ihren Eindruck im Werk des Mittelmeerausschusses hinterlassen und nicht verfehlen wird, diejenigen zu beeindrucken, die noch zu überzeugen sind von der Notwendigkeit der Vereinigung ihrer Kräfte mit denen von zehn Millionen von Arbeitern, die gegen Diktatur und Sklaverei kämpfen und sich bemühen, über die Grenzen hinweg die Menschen zu vereinen, die die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern wünschen.

Zum Schluss der Tagung wurden sieben Entschliessungen, welche die Auffassungen der Konferenz ausdrücken, einstimmig und mit Begeisterung angenommen. Sie beziehen sich auf die Lebensbedingungen in der UdSSR, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Demokratien, die Gewerkschaftsbewegung im Mittleren Osten, die Probleme des Fernen Ostens, die zur Organisierung der Verteidigung unerlässlichen Massnahmen, die allgemeine Tätigkeit des Ausschusses und den Atlantikpakt.

Fügen wir noch hinzu, dass während der Konferenz die erste Nummer der Monatszeitschrift des Ausschusses, betitelt "Luft-Land-See", deren illustrierte Titelseite die symbolischen Worte "Freiheit - Zivilisation" trägt, in zahlreichen Exemplaren zur Verteilung gelangte. Die Zeitschrift erscheint in englischer, französischer und italienischer Sprache und enthält aktuelle Beiträge über die Tätigkeit des Ausschusses und die verfolgten Ziele, sowie über die Lage der Transportarbeiter in den verschiedenen Ländern im Bereich des Mittelmeerausschusses.

Nachstehend der Text der wichtigsten angenommenen Entschliessungen:

#### Entschliessung über unerlässliche Massnahmen zur Organisierung der Verteidigung

"Der Mittelmeerausschuss erklärt, dass alle Bürger der freien Länder die Pflicht haben, aktiv an ihrer Verteidigung teilzunehmen und das in ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Ländern die Anwendung der erforderlichen Mittel zu gestatten.

Der Ausschuss weist jedoch auf die besondere Verantwortung der Männer in leitenden Stellungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gewalt und der Verwaltung hin. Diese Männer müssen voll ihre Mission erfüllen, die in der Schaffung der unerlässlichen Vorbedingungen für den Aufbau der Verteidigung der nationalen Gemeinschaften besteht, in denen sie ihre Tätigkeit ausüben.

Es handelt sich um politische, wirtschaftliche und soziale Massnahmen, aber auch um die Uebernahme persönlicher Verantwortung seitens dieser Männer. Man kann nicht dulden, dass einige unter ihnen notorischen kommunistischen Führern gegenüber sich immer noch schwach oder nachsichtig zeigen und nicht die zu ihrer Amtsenthebung unerlässlichen Massnahmen ergreifen.

Der Mittelmeerausschuss verurteilt die Haltung der Politiker, die nicht kräftig genug die Verwaltungsbeamten unterstützen, die den Mut aufbringen, kommunistische Saboteure aus ihren Stellungen zu entfernen. Der Mittelmeerausschuss beglückwünscht diese Männer und versichert sie seiner vollen Unterstützung, weil er überzeugt ist, damit der Wortführer aller mutigen und freiheitsliebenden Menschen zu sein.

Wenn die verschiedenen nationalen Gruppen, welche die vom stalinistischen Imperialismus bedrohte Einheit bilden, eine Verteidigung von ausreichender Wirksamkeit verwirklichen sollen, dann ist es unerlässlich, dass jeder einen angemessenen Teil der gemeinsamen Last auf sich nimmt. Die Rüstungslast darf nicht auf die Arbeiter fallen, deren Lebensstandard schon zu niedrig ist, während andere diese Aufrüstung benutzen, um höhere Gewinne zu erzielen. Der Mittelmeerausschuss hält es für seine Pflicht, den Egoismus und Unverstand gewisser Arbeitgeber, der manchmal einer Sabotierung der Verteidigung gleichkommt, an den Pranger zu stellen. Tatsächlich begünstigen sie durch eine kurzsichtige Politik die kommunistischen Gewerkschaften zum Nachteil der freien und demokratischen Organisationen.

Der Mittelmeerausschuss unterstreicht die Notwendigkeit der aktiven Teilnahme erprobter Gewerkschafter an allen für die Organisierung der Verteidigung geschaffenen oder zu schaffenden Organen."

#### Entschliessung über die allgemeine Tätigkeit des Ausschusses

"Der Mittelmeerausschuss stellt fest, dass seit vergangenen Januar, als er seine Marseiller Konferenz abhielt, die Kommunisten sich nicht dem Löschen der Waffen widersetzen konnten, die gestatten müssen, die Verteidigung der freien Völker Europas zu sichern.

Er erklärt, dass es unerlässlich ist, die begonnene Aktion tatkräftig weiterzuführen, um

die Transport- und Hafnarbeiter völlig vom kommunistischen Terror zu befreien;

die kommunistischen Elemente aus den wichtigen öffentlichen Ämtern zu vertreiben, die sie immer noch bekleiden;

den Sabotagetrupps die Betätigung unmöglich zu machen an Bord der Schiffe, in den Häfen und auf den Flugplätzen.

Der Mittelmeerausschuss richtet an seine Mitglieder den Appell um Wachsamkeit und verstärkten Einsatz."

#### Appell an die Einheit der Demokraten

"Die kürzlichen Entdeckungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet gestatten, allen Menschen die materiellen Bedingungen zu garantieren, die zu ihrer vollen Entfaltung unerlässlich sind.

Aber die ganze Menschheit ist bedroht. Der stalinistische Totalitarismus bezweckt die Errichtung eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems, das die völlige Verneinung der ganzen Zivilisation darstellt, zu der sich die freien Menschen bekennen.

Die Meinungsverschiedenheiten, welche die Demokraten trennen, sind nichts im Vergleich zu denen, die sie vereinen. Angesichts der Gefahr, die jeden bedroht, müssen sich alle vereinen.

Der Ausschuss appelliert an alle, die guten Willens sind, mitzuwirken in einer Aktion, in der alle ideologischen Streitigkeiten bewusst ausgeschaltet sind, und an der sich alle beteiligen können, die dem vielseitigen Vorrücken des Sowjetismus Widerstand entgegensetzen wollen.

Peron bemächtigt sich der Kontrolle über die argentinische  
Gewerkschaft des Lokomotivpersonals

ITF) General Peron und seine Frau haben einen endgültigen Erfolg erzielt in ihren Bestrebungen, aus der argentinischen Gewerkschaftsbewegung ein gefügiges Werkzeug in ihren Händen zu machen. Das letzte Opfer ist La Fraternidad, die Gewerkschaft des Lokomotivpersonals.

Mit Ausnahme derjenigen der Drucker ist La Fraternidad die älteste Gewerkschaft in der argentinischen Republik; ihre Gründung erfolgte am Juni 1887. Sie war jederzeit eine eng gefügte, kämpferische Gewerkschaft mit einem starken Sinn für internationale Solidarität. Ihre Verbindung mit der I.T.F. geht zurück auf das Jahr 1908, und nach dem Ersten Weltkrieg beeilte sie sich, die unterbrochenen Beziehungen wieder anzuknüpfen, wobei sie auf der Zahlung der ausstehenden Mitgliedsbeiträge beharrte, damit ihre Mitgliedschaft ununterbrochen sei. Ihren Bemühungen war weitgehend zuzuschreiben, dass die argentinische Gewerkschaft der übrigen Eisenbahnergruppen, die Union Ferroviaria -- die ebenfalls sofort der I.T.F. beitrug -- 1922 gegründet wurde.

Nun hat sie dasselbe Schicksal erlitten wie die übrige argentinische Gewerkschaftsbewegung. Bereits seit einiger Zeit war sie ein Mitglied von Perons Gewerkschaftsbund (C.G.T.), aber bisher besass ihr Vorstand immer eine Mehrheit von politischen Gegnern Perons und verfolgte daher eine unabhängige Linie. Dies missfiel natürlich dem Diktator, und wahrscheinlich noch mehr seiner Frau, die sich gern als die Beschützerin der Gewerkschaftsbewegung aufspielt, aber das Ansehen der Fraternidad war sehr gross unter den argentinischen Arbeitern, und Peron machte sich daher so gut wie möglich den Umstand zunutze, dass die Organisation wenigstens nominell ein Mitglied der C.G.T. war, und wartete auf eine gute Gelegenheit.

Auf einer kürzlichen Versammlung des Obersten Rates der C.G.T. widersetzten sich die Vertreter der Fraternidad nachdrücklich einem Artikel der Satzungen des Gewerkschaftsbundes, der diesen ermächtigt, in die Angelegenheiten angeschlossener Organisationen einzugreifen und sie sogar, wenn man es für nötig hält, zu übernehmen. Dieser Artikel wurde nie offiziell genehmigt. Aber das war nicht alles. Dieselbe Versammlung forderte alle Mitgliedsgewerkschaften der C.G.T. auf, die Kampagne für die Wahl General Perons zum Präsidenten der Republik auf eine neue Amtszeit zu unterstützen und der politischen Abteilung der C.G.T. vier Versammlungssprecher zur Verfügung zu stellen.

Der Vorstand der Fraternidad trat zusammen und beschloss mit einer Mehrheit, dem Befehl nicht nachzukommen, indem er darauf hinwies, dass ein Artikel ihrer eigenen Satzungen ihr jede politische Betätigung verbietet. Dann kam der Schlag. Am 9. Mai, als ihr Vorstand tagte, stürmte eine bewaffnete Bande von Anhängern Perons die Büros der Fraternidad, zwang den ganzen Vorstand zum Rücktritt und schritt zur Wahl eines neuen, der die fünf Mitglieder des alten einschloss, die Anhänger General Perons waren und in seinem Sold standen; denn sie haben wohlbezahlte Ämter als "Gewerkschaftsberater", "Inspektoren" usw. beim Verkehrsministerium inne. Selbstverständlich wurde der neue Vorstand, obschon seine Wahl offenbar satzungswidrig war, prompt von der C.G.T. und dem Justizdepartement anerkannt.

Der Vorfall löste mehrere spontane Arbeitsniederlegungen aus, und eine Reihe von Eisenbahnern wurden verhaftet und andere entlassen, obschon die Regierung sich später gezwungen sah, diese Massnahmen zu widerrufen, als die Empörung unter den Eisenbahnern wuchs.

Peron hat nun den ganzen Mechanismus der Gewerkschaftsbewegung fest in seiner Hand, aber er ist dabei, die Unterstützung jenes beträchtlichen Teils der Arbeiterschaft zu verlieren, der ein wichtiger Faktor in seinem Aufstieg zur Macht war. Die Eisenbahnstreiks, die um die Jahreswende in Herausforderung des Vorstandes der Union Ferroviaria, der von der Regierung beherrschten Eisenbahnergewerkschaft, stattfanden -- über dreissig Eisenbahner befinden sich wegen Teilnahme an diesen Streiks immer noch im Gefängnis -- sind dafür Beweis genug.

Der letzte Angriff auf die Fraternidad hat die Gefühle verbittert, das Lokomotivpersonal schliesst sich zusammen zur Unterstützung ihrer Gewerkschaft, und ein Ausschuss ist gebildet worden, um vor Gericht dem falschen Vorstand das Recht auf Führung der Gewerkschaft streitig zu machen. Die C.G.T. sieht die Gefahr und versucht, ihre Stellung durch scheindemokratische Methoden zu festigen. Neue Wahlen sollen stattfinden für den Vorstand der Fraternidad, aber wie schon im Falle der Unión Ferroviaria wird man dafür sorgen, dass nur Anhänger Perons stimmen können.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung kann diese unaufhörlichen Verletzungen des Rechts auf freie Vereinigung durch das Diktaturregime in Argentinien nicht unbeachtet lassen. Die I.T.F. hat die Angelegenheit bereits beim Internationalen Arbeitsamt aufgegriffen, und es ist zu erwarten, dass dessen besonderer Untersuchungsausschuss in absehbarer Zeit den Vorschlag an den Verwaltungsrat richten wird, dass eine gründliche Untersuchung über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Argentinien durchgeführt werden soll.

Wir haben auch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften um seine Mitwirkung gebeten und vernommen, dass er nicht nur bei der I.A.O. vorstellig geworden ist, sondern auch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen aufgefordert hat, sofort eine Untersuchung durchzuführen.